Das Social-Media-Verbot für Teenager ist paternalistisch und gefährlich. Es gibt bessere Mittel, um Kinder im Internet zu schützen

Category: Blog
geschrieben von Aus fremder Feder | 23. Februar 2026

Stellen Sie sich vor, eine Stadt würde beschliessen, ihren zentralen Marktplatz für alle unter 16 Jahren zu sperren. Die Begründung: Auf dem Platz könnten Kinder und Jugendliche von bösartigen Menschen bedrängt werden. Oder jemand könnte laut rufen: “Die Erde ist nicht rund, sie ist flach!” Oder es könnte zu Streit oder Beleidigungen kommen.

Was im analogen Leben absurd ist, ist es im digitalen ebenfalls. Soziale Netzwerke sind öffentliche Räume. Jugendliche haben ein Anrecht darauf, sich in ihnen zu bewegen.

Die Politik sieht das zunehmend anders. Australien hat Jugendlichen unter 16 Jahren den Zugang zu den Netzwerken bereits verboten. Andere Länder dürften bald folgen. Auch in der Schweiz und in Deutschland mehren sich Stimmen, die den wichtigsten öffentlichen Raum des 21. Jahrhunderts zur Sperrzone für die Jugend erklären wollen.

NZZ-Redaktorin Gioia da Silva

Dabei bieten die Plattformen gerade für Jugendliche viele Chancen. 90 Prozent aller Jugendlichen nutzen sie, um sich zu unterhalten. Mehr als die Hälfte braucht sie, um sich zu informieren. Und manche Jugendliche, die sich im analogen Leben allein fühlen – sei es wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft oder spezifischer Interessen –, finden online Anschluss und das Gefühl der Zugehörigkeit.

Ein Verbot würde Jugendlichen diese Freiräume versperren. Es wäre paternalistisch und gefährlich. Denn verdrängen wir die Jugendlichen vom digitalen Marktplatz, ziehen sie sich in versteckte Hinterhöfe zurück. Das sind dann Orte, wo die soziale Kontrolle ausbleibt.

Konkret dürften sich manche Jugendliche kleineren, unregulierten Gaming-Foren und Chat-Räumen zuwenden. Diese Plattformen sind für Eltern noch schwerer zu verstehen als die gängigen sozialen Netzwerke. Gut möglich, dass die Jungen in diesen Foren noch grösseren Gefahren ausgesetzt sind – weil dort bisweilen Kontrollen und Sicherheitsmassnahmen komplett fehlen.

Man darf Kindern etwas zutrauen

Besser als der Ausschluss wäre also die Flucht nach vorn: Bildung. Kinder und Jugendliche können viel. Man darf ihnen zutrauen, dass sie lernen können, mit Instagram, Tiktok und Co. angemessen umzugehen. Dafür brauchen sie aber Anleitungen – und Raum zum Reflektieren. Schulungen für Medienkompetenz können bereits in der Primarschule stattfinden. Es wäre sinnvoll, solche Angebote auszubauen.

Kommt es stattdessen zum Verbot, ist absehbar, was danach passiert: Die Politik wird glauben, das Problem der Jugend mit den Medien gelöst zu haben. Mit dem Rest des Internets werden die Jungen dann aber trotzdem alleingelassen.

Dabei sind die sozialen Netzwerke nur ein Teil des Medienkonsums von Jugendlichen. Probleme wie Desinformation, sexuelle Annäherungen, problematische Inhalte findet man aber auch in unzähligen anderen Ecken des Internets.

Niemand kennt Kinder so gut wie die Eltern

Doch nicht nur Schulen, sondern auch Eltern müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Anstatt pauschaler Verbote braucht es gemeinsam vereinbarte Regeln zur Nutzung. Eltern sollen sich nicht als Überwacher, die jeden Klick nachverfolgen, sondern als Begleiter und Gesprächspartner einbringen. Sie müssen mit ihren Kindern im Dialog bleiben. Sie sollen nachfragen, was die Kinder online erleben, mit wem sie sich austauschen und welche Inhalte sie beschäftigen.

Über Gefahren wie das Versenden von Nacktbildern oder den Umgang mit Hasskommentaren muss am Familientisch offen diskutiert werden können. Nur wenn es den Eltern gelingt, einen konstruktiven Dialog mit ihrem Nachwuchs aufrechtzuerhalten, werden sich die Jugendlichen bei allfälligen Problemen tatsächlich an sie wenden.

> *Es führt kein Weg an der Einzelfallbetrachtung vorbei, die nur die Eltern leisten können.*

Geschieht dies, sind die Eltern die besten Ausbildner: Sie kennen ihre Kinder, können ihre Reife und ihren Entwicklungsstand einschätzen und sie auf den Plattformen altersgemäss begleiten. Das setzt Empathie, Standhaftigkeit, Zeit und Geduld voraus. Aber es führt kein Weg an der Einzelfallbetrachtung vorbei, die nur die Eltern leisten können.

Das Wichtigste dabei bleibt aber immer: Eltern müssen selbst ein gutes Vorbild sein. Auch sie können das Handy beiseitelegen und stattdessen zum Sport nach draussen gehen. Schliesslich ist es das, was sie von ihren Teenies gerne hätten.

Die Plattformen müssen sich endlich bewegen

Aber auch die Plattformen selbst müssen sich anpassen. Zu lange haben sie zugelassen, dass sich Kinder angemeldet haben, die viel zu jung sind. Es braucht endlich glaubwürdige Alterskontrollen im Internet. Die Schweizer E-ID zeigt, dass dies auch ohne Einbusse bei der Privatsphäre ginge.

Plattformen müssen sicherstellen, dass sich keine Kinder unter 13 Jahren anmelden. Diese Regel haben sie sich selbst auferlegt. Im Moment ist es für die Kinder aber allzu einfach, die Alterskontrollen zu umgehen. So tummeln sich auch 7-, 8-, 9-Jährige auf Tiktok. In diesem Alter können Kinder die Tragweite ihrer Entscheidung, einem sozialen Netzwerk beizutreten, noch nicht ausreichend erfassen. Sie sollten die Dienste daher nicht nutzen können.

Weiter müssen die Plattformen mehr Verantwortung übernehmen für die Inhalte, die sie ihren minderjährigen Nutzern empfehlen. Tippen Jugendliche ins Suchfeld, dass sie nach inspirierenden Zitaten suchen, kann es nicht sein, dass sie Videos mit Suizidverherrlichung angezeigt bekommen.

Auch darf es nicht sein, dass Jugendliche plötzlich nur noch Inhalte sehen von extrem dünnen Frauen, die ihre kranken Essgewohnheiten schildern. Allgemein sollte es nicht möglich sein, dass Jugendliche online in Filterblasen geraten, die sie zu einem gestörten Essverhalten oder Selbstverletzungen anstacheln.

Die Plattformen müssen dabei heikle Entscheide treffen: Die Redefreiheit untersagt es ihnen, sämtliche Videos von dünnen Frauen zu löschen. Trotzdem müssen sie verhindern, dass ihre Algorithmen Jugendlichen nur noch Content von kranken Influencerinnen zeigen, die angeben, pro Tag nur eine Gurke zu essen. So gebietet es der Jugendschutz: Bei der Beurteilung, ob die Plattformen Jugendlichen altersgemässe Inhalte zeigen, geht es nicht nur um ein einzelnes Video, sondern auch um den Mix, also um die Gesamterfahrung auf der Plattform.

Dass die Plattformen technisch problemlos in der Lage dazu wären, Essstörungen und Suizid-Content zu erkennen, zeigt das Beispiel mit der Terrorpropaganda. Die Verbreitung von Terrorvideos ist verboten. Deshalb haben die Plattformbetreiber in Programme investiert, um Videos mit Terrorpropaganda zu erkennen. Inzwischen sind die grossen Plattformen einigermassen gut darin, solche Inhalte zu erkennen und zu löschen.

Dass die Firmen Suizid-Content nicht längst mit der gleichen Rigorosität bekämpfen, ist unverständlich.

> *Wir schützen unsere Kinder nicht, indem wir sie von der Welt fernhalten. Wir schützen sie, indem wir sie befähigen, sich in dieser Welt zurechtzufinden, und indem wir die Regeln so gestalten, dass sie ein sichererer Ort für sie wird.*

Auch Gewalt sollte nicht ungefragt an Kinder herangetragen werden. Videos von hungernden Kindern oder getöteten Babys im Gazastreifen sollen aus den Feeds der Jugendlichen verschwinden. Bei unter 16-Jährigen gehören solche Szenen des Leids und der Gewalt in die Kategorie jener Inhalte, die sie zwar nicht sehen wollen, aber von denen sie sich auch nicht abwenden können. Kinder mit solchen Inhalten länger auf den Plattformen zu halten, kann nur als Beweis von Profitgier bewertet werden.

Geltende Regeln umsetzen, statt neue zu schaffen

Das alles erreicht man nicht mit einem pauschalen Verbot. Es braucht dazu nicht einmal neue Gesetze. Denn die Digital Services Act (DSA) der EU sieht bereits einen umfassenden Jugendschutz vor. Die Umsetzung des Gesetzes ist gerade angelaufen. Erste Bussen sind verhängt oder angedroht, nun darf man hoffen, dass die Regeln ihre Wirkung entfalten.

Vor dem Hintergrund der Problemlage entspricht das Verbot von sozialen Netzwerken für Teenager einer Kapitulation. Es ist der Versuch, eine komplexe Realität mit einer simplen Geste aus der Welt zu schaffen.

Aber wir schützen unsere Kinder nicht, indem wir sie von der Welt fernhalten. Wir schützen sie, indem wir sie befähigen, sich in dieser Welt zurechtzufinden, und indem wir die Regeln so gestalten, dass sie ein sichererer Ort für sie wird.

Gioia da Silva *(gds.) studierte Internationale Beziehungen in Genf, St. Gallen und São Paulo. Sie arbeitet seit 2021 im Ressort Wissenschaft und Technologie der NZZ.*